Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/7659

24. 05. 94

Beschlußempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu dem Gesetzentwurf der Gruppe der PDS/Linke Liste — Drucksache 12/6245 —

Entwurf eines Gesetzes gegen Rassismus und die Diskriminierung ausländischer Bürgerinnen und Bürger (Antirassismusgesetz)

A. Problem

Die Gruppe der PDS/Linke Liste strebt mit ihrem Gesetzentwurf eine gesetzliche Regelung der Wiedergutmachung rassistisch motivierter Diskriminierung in allen Lebensbereichen an, eine Stärkung der Befugnisse der Ausländerbeauftragten sowie eine Bereinigung der Gesetze von diskriminierenden Regelungen.

B. Lösung

Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Einstimmigkeit im Ausschuß in Abwesenheit der Gruppen der PDS/Linke Liste und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf der Gruppe der PDS/Linke Liste — Drucksache 12/6245 — abzulehnen.

Bonn, den 20. Mai 1994

Der Innenausschuß

Hans Gottfried Bernrath	**Erika Steinbach**	**Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast**
Vorsitzender	Berichterstatterinnen	
	Wolfgang Lüder	
	Berichterstatter	

Bericht der Abgeordneten Erika Steinbach, Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast und Wolfgang Lüder

I.

Der Gesetzentwurf der Gruppe der PDS/Linke Liste wurde in der 202. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Januar 1994 an den Innenausschuß federführend und an den Rechtsausschuß, den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Frauen und Jugend und den Ausschuß für Bildung und Wissenschaft zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Vorlage in seiner 78. Sitzung am 27. April 1994 beraten. Er hat einstimmig bei Abwesenheit der Gruppen der PDS/Linke Liste und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. und des Mitglieds der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit des Mitglieds der Gruppe der PDS/Linke Liste die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen.

Der Ausschuß für Frauen und Jugend hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimme der Vertreterin der Gruppe der PDS/Linke Liste bei Abwesenheit der Fraktion der F.D.P. und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagen, Ablehnung des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft hat am 27. April 1994 die Vorlage beraten. Mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimme des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste hat er dem federführenden Innenausschuß Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen.

Der Innenausschuß hat in seiner 98. Sitzung am 18. Mai 1994 einstimmig in Abwesenheit der Gruppen der PDS/Linke Liste und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 12/6245 abzulehnen.

II.

Seitens der Koalitionsfraktionen wurde zur Begründung der Ablehnung des Gesetzentwurfs auf die in der Debatte im Deutschen Bundestag am 13. Januar 1994 von ihnen vorgetragenen Argumente verwiesen. Auch wenn man die Absicht, gegen die Diskriminierung ausländischer Bürgerinnen und Bürger vorzugehen, mittrage, halte man den Gesetzentwurf auf Drucksache 12/6245 nicht für umsetzungsfähig.

Seitens der Fraktion der SPD wurde betont, die Diskussion über ein Antidiskriminierungs- oder Antirassismusgesetz verdiene Beachtung. Vieles, was in dem Gesetzentwurf vorgesehen sei, werde von der Fraktion der SPD unterstützt, so z. B. die Absicht der Stärkung des Amtes der Ausländerbeauftragten. Die Fraktion der SPD strebe jedoch umfassendere gesetzliche Regelungen an, als sie in Drucksache 12/6245 enthalten seien.

Bonn, den 20. Mai 1994

Erika Steinbach **Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast** **Wolfgang Lüder**

Berichterstatterinnen Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333